

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochensatz des Abonnementspreis 0,75 RM;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Die Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Reichs- und Landes-Vorstände
des
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1910-1911)
Berlin N.O. 3, Greifswalder Straße 22/23.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 10 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt, 15 Pf.
Rechtlich und Medizinisch:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 22/23.
Gesamtdruckerei: Kurt VII, Nr. 122.

Nr. 95.

Berlin, Mittwoch, 29. November 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Konfektionsarbeiterstreik und Heimarbeitgelei.
Reichstagswahlen und Zollpolitik. — Zur Verpflich-
tungspflicht der Vereine. — Allgemeine Mündigkeit.
Gewerksvereine-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Konfektionsarbeiterstreik und Heim- arbeitgelei.

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, das die entscheidende Leistung des Heimarbeitgeleies im Reichstage gerade in eine Zeit fällt, in der in Berlin ein gewaltiger wirtschaftlicher Kampf tobt, in dem die am Heimarbeitgelei am lebhaftesten interessierte Arbeiterkategorie verwickelt ist, 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Damenkonfektion verlangen eine Aufbesserung ihrer Löhne, und zwar, was das Entscheidende in der ganzen Frage ist, auf dem Wege der tariflichen Regelung. Bei dieser Forderung werden die Arbeiter unterstützt durch die Zwischenmeister, die sich ebenfalls zu mindestens vier Fünfteln der Bewegung angeschlossen haben und in dem Ausmaß getreten sind.

In den Konfektionsvierteln von Berlin macht sich naturgemäß auch äußerlich der Kampf bemerkbar. Streikposten tun überall ihre Pflicht, und auch die von den Unternehmern zum Schutze herbeigeholten Polizeibeamten geben der Straße ihr charakteristisches Gepräge. Fertige Arbeit wird nur noch ganz vereinzelt abgeliefert.

Die Konfektionäre sind anscheinend nicht abgeneigt, einige Lohnaufbesserungen zu gewähren. Das Glend in der Heimindustrie ist zu bekamt, als daß sie einen schroff ablehnenden Standpunkt einnehmen könnten. Die ganze öffentliche Meinung würde sich gegen sie wenden. Aber von einem Tarifvertrag wollen sie nichts wissen. Sie haben sich bereit erklärt, in bindender Form die Löhne der Heimarbeiterrinnen aufzubessern, wenn und so weit es nötig ist, und unter der Voraussetzung, daß die Abmachungen so getroffen werden, daß die Lohnhöherungen den Heimarbeiterrinnen auch tatsächlich zugute kommen. Der letzte Satz ist ein Dieb gegen die Zwischenmeister, die sich natürlich den besonderen Groll der Konfektionäre zugezogen haben, weil sie in diesem Kampf mit den Arbeitern Schulter an Schulter marschieren.

Begreiflicherweise haben sich die Arbeiter mit diesen Zugeständnissen nicht zufrieden geben können. Sie haben mit derartigen „bindenden“ Erklärungen im Laufe der Jahre gar zu schlechte Erfahrungen gemacht. Wenn größere Lohnläufe bevorstehen und den Unternehmern das Feuer auf den Nägeln brennt, dann wird alles mögliche verbrochen. Ist aber die Gefahr abgewendet, dann verfährt man allzu leicht die Verbrüder, oder nicht sie auf diese oder jene Weise hinwegzudeckeln. Mit Recht befürchten die Arbeiter auch in diesem Falle, daß es ihnen nicht besser geben könnte. Und dann noch die Bemerkung, daß die Aufbesserung erst erfolgen solle, „wenn und so weit es nötig ist!“ Selbstverständlich wollen sich die Unternehmern die Entscheidung darüber selbst vorbehalten. Daß sich die Arbeiter darauf nicht einlassen konnten, ist selbstverständlich.

Wenn bei den Konfektionären wirklich der gute Wille vorhanden wäre, Entgegenkommen zu zeigen, dann hätten sie sich unbedingt auf Tarifverhandlungen einlassen müssen, schon um die Möglichkeit zu schaffen, den ewigen Preisdrückereien im Gewerbe ein Ziel zu setzen. Trotzdem hat man die Tarifverhandlungen rundweg abgelehnt mit der Begründung, daß ein Tarif für die Damenkonfek-

tion wegen der Mannigfaltigkeit der Muster und des Wechsels der Mode unmöglich sei. Wir dürfen es uns verlagern, heute noch einmal darauf hinzuweisen, daß bereits überaus komplizierte und bis ins kleinste Detail spezialisierte Tarife in den verschiedensten Gewerben abgeschlossen worden sind, in denen vor nicht allzu langer Zeit ebenfalls die Unmöglichkeit betont wurde. Wir gehen auch nicht noch einmal auf die Verhältnisse in England ein, wo erst in diesen Wochen für die Kleiderkonfektion die gesetzlichen Löhne durch das neuentstandene Lohnamt veröffentlicht worden sind. Jedenfalls zeigen doch diese Tatsachen, daß man wenigstens einmal einen Versuch hätte machen können. Die runde Ablehnung läßt den Verdacht aufkommen, daß man es auf Unternehmenseite nicht ehrlich meint. Wir sind überzeugt, daß, wenn Verhandlungen eingeleitet worden wären, man wohl eine Grundlage hätte schaffen können, auf der weitergebaut werden konnte, bis ein Friedensinstrument zustande gekommen wäre, das durch eine paritätische Kommission alle Jahre den durch die Mode veränderten Verhältnissen angepaßt werden könnte.

Man wollte eben nicht — darum der Kampf, der beiden Seiten, gleichviel wer als Sieger hervorgeht, schwere Wunden schlägt. Streitobjekt ist, wie gesagt, nicht die Lohnhöhe selbst, sondern die Anerkennung des Tarifes. Man sollte meinen, daß sich da sehr wohl ein Weg der Verständigung finden ließe, und wir geben die Hoffnung noch nicht auf, daß in allernächster Zeit Verhandlungen angebahnt werden. Auch die Unternehmern werden schwer mitgenommen. Drängt auch die Saison noch nicht allzu sehr, so ist doch das Muster, das jetzt durch den Ausfall unmöglich geworden ist, von großer Wichtigkeit für den Geschäftsgang. Die Reizen- den müssen hinaus; jeder Aufschub bedeutet geschäftliche Nachteile. Deshalb liegt eine Verständigung im Interesse beider Teile.

Während diese Zeiten geschrieben werden, hat im Reichstage aller Bahreinsichtlichkeit nach gerade die zweite Lesung des Heimarbeitgeleies begonnen. Zweck desselben soll sein, das notoriische Glend in der Heimindustrie wenigstens zu mildern. Das ist aber nur möglich, wenn den Heimarbeitern bessere Löhne zugeteilt werden. Alles was man nach dieser Richtung hin tun will, ist die Erleichterung von sogenannten Nachschüssen, die ja in diesen Wahlen drastisch genug gekennzeichnet sind. Was würden wohl solche Einrichtungen den Heimarbeitern helfen? Mit der Verweisung, Erhebungen vorzunehmen, Tarife vorzubereiten, Gutachten abzugeben, kann dem Heimarbeitereind nicht gesteuert werden. Gabe es dagegen Lohnämter, durch welche Mindestlöhne festgelegt werden, unter die bei Verwirklichung einer Strafe nicht heruntergegangen werden darf, dann würden solche Kämpfe überflüssig. Daß das auch für die Konfektionäre möglich ist, beweist das schon oben erwähnte Vorbild Englands. Nur auf diese Weise kann aber den Heimarbeitern ein menschenwürdiges Auskommen gewährleistet werden, und trotz der Mehrbelastung für die Unternehmern hätten diese keinen Schaden davon, da die Preisdrückerei unmöglich gemacht und die Furdor vor der Schleuderkonkurrenz beseitigt würde. Wie auf beide Teile dabei fahren könnten, zeigen am besten die Verhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe. Die selben Wohlthaten auch den Heimarbeiterrinnen zuteil werden zu lassen, ist geradezu eine soziale Pflicht. Handelt es sich doch um eine Arbeiterkategorie, die aus den verschiedensten Gründen keine starke Organisation hat und haben kann, die deshalb auf dem Wege der Selbsthilfe keine nennenswerten Erfolge zu erzielen vermag und auf die Staatshilfe

angewiesen ist. Auf so vielen anderen Gebieten hat der Staat eingegriffen, und man hat sich auf oder ischlecht damit abfinden müssen. Deshalb empfindet man denn hier, wo es gilt, den Verdienst der Armen zu helfen, so heftige Gewissensbisse?

Der Streik der Berliner Konfektionschneider und Schneiderinnen bildet für den Deutschen Reichstag einen deutlichen Fingerzeig, daß bei der Regelung der Heimarbeit ganze Arbeit gemacht werden muß. Möge er sich deshalb noch in letzter Stunde zu einer entscheidenden Tat aufraffen! Fort mit aller Halbheit! Allein die Lohnämter sind Einrichtungen, die so schwere Kämpfe, wie wir sie jetzt in Berlin beobachten können, für die Zukunft unmöglich machen und den kulturwidrigen Zuständen in der Heimindustrie überhaupt ein Ende bereiten können.

Reichstagswahlen und Zollpolitik.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen veranlassen die Parteien, in Wahlkämpfen ihr Programm zu entwickeln, wobei sie sich natürlich auch über ihre Stellung zur Zollpolitik aussprechen müssen. Die meisten bekennen sich zum Schutz 1911, die Nationalliberalen nennen die deutschen Schutzzölle sogar gemäßigter, wollen aber das Verlangen der Agrarier nach Erhöhung zurückweisen. Die fortschrittliche Volkspartei wickelt sich zwar nicht für den Schutz aus, vertritt sich jedoch gegen die Unterstellung, einen Teil des Schutzzölles in absehbarer Zeit herbeiführen zu wollen.

Der Realpolitiker kann nur die nächste Zeit ins Auge fassen, und da muß allerdings die politische Richtung zum Freihandel als unmöglich bezeichnet werden. Das deutsche Wirtschaftsleben ist nun einmal auf dem Gassen des Schutzzölles aufgebaut, und obgleich das auch seine ersten Gefahren hat, so darf man ihn doch nie dann entfernen, wenn die allgemeinen Verhältnisse einen Erlass gestatten, was im Augenblick aber nicht angedacht ist. Auch die deutschen Freihändler wünschen, wenn die Zeit kommt, einen Liebermann, der das wirtschaftliche Leben Deutschlands unerschütterlich hält und dem Freihandel eine lange Dauer verbürgt.

Die Gefahren eines so gestärkten Systems, wie es das Schutzzöllsystem ist, machen sich meist diejenigen am wenigsten klar, die augenblicklich den größten Vorteil davon ziehen. Die Landwirte, die die ungünstige Konjunktur der 70er und 80er Jahre und ihre Rückwirkung auf die Bodenpreise kennen gelernt haben, haben die später aus den Schutzzöllen sich ergebende Erhöhung der Bodenpreise benutzt; sie haben den Gewinn vordem kapitalisiert, indem sie in großer Zahl ihre Weizungen verkauften. Die Käufer haben die hohen Preise in der Erwartung bezahlt, daß die Schutzzölle auf notwendige Lebensmittel unbegrenzte Dauer haben würden. Dies ist nun eine recht optimistische Annahme. Wenn die Wertenerungszölle dormalig in Wegfall kommen, wird die Rentabilität der Güter stark beeinträchtigt werden, und mancher Landwirt, der mit fremdem Gelde gekauft hat, sich um das teine gebrach haben. Dann wird man der Aufhebung der Zölle die Schuld beimessen, nicht aber der Verzählung zu hoher Bodenpreise, die aus der Einfuhr von Wertenerungszöllen auf notwendige Lebensmittel überhand genommenen. Wenn die Weltkonjunktur die Preise wieder einmal in die Höhe treibt, wird das Volk die Zölle wieder nicht mehr dulden.

Leidster wird ein die Forderungen der Hebergang finden, weil sie ihr Anlagekapital in weit geringerem Maße als die Landwirtschaft in den

Immobilien zu steuern hat. Aber die Unsicherheit ihrer Basis dürfte auch sie empfinden. Die Verteuerungszölle auf Lebensmittel haben die Unzufriedenheit ihrer Arbeiterschaft stark vergrößert. Sie hat zwar die Arbeitslöhne erhöht, damit die Arbeiter wenigstens eine gewisse Kompensation für die Erhöhung der Lebenskosten hätten, damit aber auch unsere Ausfuhrwaren verteuert, die Konkurrenz unseres Handels auf fremden Märkten also erschwert, ja obendrein fremde Länder zu Abwehrzöllen veranlaßt, wie noch neuerdings Japan. Auch manche Rohstoffe, z. B. Eisen, sind der weiterverarbeitenden Industrie verteuert worden, mehr noch Halbfabrikate. Noch steht das Schutzollsystem trotz dieser Mängel einigermaßen fest. Schüttelt aber die Nation einst die Lebensmittelzölle ab, dann wird die Landwirtschaft wieder freihändlerisch wie vor 1878 sein, wo sie sogar den radikalsten Flügel der Freihandelspartei bildete.

Die Schutzöllner pflegen mit dem Argument zu arbeiten, daß unsere Schutzzölle die Entwicklung der Ausfuhrindustrie nicht gebindert hätten. Vergessen wir doch aber nicht, daß in den ersten 14 Jahren nach dem Uebergang zum Schutzoll in unserer Ausfuhr fast vollständiger Stillstand geherrscht hat! 1878 hatte die Ausfuhr einen Wert von 2885 Mill. Mk., 1892 dagegen einen solchen von 3150 Mill. Mk., 1894 von 3051 Mill. Mk. Dann setzte die Wirkung der Handelsverträge von 1892/1894 ein, und es begann der kolossale Aufstieg, der uns 1910 auf 7474 Mill. Mk. geführt hat. Diese Handelsverträge hat das Agrarierturn als den Ruin Deutschlands bekämpft, schließlich hat es auch glücklicherweise durchgeleitet. Wenn es nach seinem Willen gegangen wäre, hätte der Stillstand wohl fortgedauert, und die Auswanderung deutscher Reichsangehöriger, die 1881, bald nach dem Uebergang zum Schutzoll, ihren Höhepunkt erreichte und selbst 1892 noch 116 339 Personen aus Deutschland entführte, hätte nicht aufgehört. Statt dessen ging sie schon 1895 auf 37 498, 1908 sogar auf 22 221 zurück und hat seitdem niemals die Zahl von 36 310 überschritten.

Handelsverträge, gute, vernünftige Handelsverträge, die dem wirtschaftlichen Leben Beständigkeit verleihen, sind zurzeit das reale Ziel der Freihandelspartei, nicht aber radikaler Umsturz. Der reaktionären Allmacht des Agrarierturns muß ein Ende gemacht werden. Dann geht ein immer mehr anwachsender Teil der Industrie mit den Freihändlern, so daß auf einen Erfolg bei den Wahlen gehofft werden darf. Durch die und dünn mit den Agrariern wandert eigentlich nur noch die Schwerindustrie Rheinlands und Westfalens, und doch ringen auch in ihren Kreisen bereits freiere Anschauungen um Geltung, wie der letzte Jahresbericht der Düsseldorf Handelskammer erweist. Durch Handelsverträge können wir unseren Anteil an der Versorgung fremder Märkte bewahren und auch steigern. Seltingt es aber dem Agrarierturn abermals, die Gewalt im Reichstage an sich zu reißen, so kann es nur zu Verschlechterungen, namentlich leicht zu unbesonnenem Kampfe mit dem Auslande kommen. Lastige Gründe könnten den Wunsch nach solchem Ergebnisse der Wahlen eingeben, weil dann der Umkehrung um so drastischer werden würde. Wir ziehen jedoch eine vorsichtige, Katastrophen vermeidende allmähliche Umbildung vor.

Zur Versicherungspflicht der Lehrlinge. *)

Auch Lehrlinge sind Krankenversicherungspflichtig nur, wenn sie gegen Entgelt beschäftigt werden. Die Feststellung dieser Voraussetzung ist gerade bei dem Lehrlingsverhältnisse nicht selten mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft. Zwar kommen Lehrlingsverhältnisse vor, in denen die Unentgeltlichkeit der Beschäftigung klar zutage liegt, wie z. B. vielfach bei den Lehrlinginnen im Schneiderinnenberuf oder bei manchen Lehrlingen im Handelsgewerbe, die weder Kost noch Wohnung noch sonst ein Entgelt erhalten, sondern mitunter noch Lehrgeld bezahlen. Aber in der großen Mehrzahl der Fälle empfängt der Lehrling irgendwelche Sachleistungen oder geringe Geldbeträge. Dann entsteht die Frage, ob diese Zuwendungen nach den Umständen des Falles nicht eine andere Bedeutung haben als die eines Entgelts für geleistete Dienste.

Wenn der Lehrling Kost und Wohnung erhält, andererseits aber ein Lehrgeld zahlt, das dem von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Werte jener Sachleistungen etwa gleichkommt, so sind

*) Nach den Monatsblättern für Arbeiterversicherung, Verlag von Behrend & Co., Berlin W. 64, Unter den Linden 10.

diese Leistungen als durch das Lehrgeld beglichen und mithin nicht als Lohn für Dienste anzusehen. In diesem Sinne hat sich auch das Reichsversicherungsamt geäußert in dem Bescheide 1215, A. R. d. R. B. A. 1893 S. 160. Dort ist weiter bemerkt, daß auch Geldbeträge, auf deren Bezug der Lehrling keinen Anspruch hat, die vielmehr den Charakter von Geschenken tragen, nicht als Lohn gelten können, selbst wenn sie in gewissen Zeiträumen wiederkehrend gegeben werden. Auch hiermit steht die Rechtsübung auf dem Gebiete der Krankenversicherung im Einklang. So haben der Großh. Bad. Verwaltungsgerichtshof im Urteil vom 10. September 1895 und das Kgl. Preuß. Obergericht im Urteil vom 5. Dezember 1901 angenommen, daß Beträge, die ein Lehrling dem Lehrling fortlaufend zahlt, als Lohn nicht anzusehen seien, weil die Umstände erkennen ließen, daß die Zahlung nicht auf Grund einer Verpflichtung für die Dienste des Lehrlings, sondern vielmehr zu seiner Aufmunterung erfolgte. Nicht eine grundsätzliche, sondern eine auf der Besonderheit der tatsächlichen Umstände des Falles beruhende Abweichung enthält ein Urteil des Kgl. Bayer. Verwaltungsgerichtshofs v. 10. November 1902. Hier wurde bei einem Lehrling, der zuerst wöchentlich 1 Mk. bis 1 Mk. 50 Pf. und später wöchentlich 2 Mk. 50 Pf. erhielt, ein Lohnverhältnis angenommen, weil die Zahlungen „sich nach der Regelmäßigkeit ihrer Abführung nicht mehr als bloße Geschenke (Aufmunterungsprämien) erachtet werden können“, und weil außerdem noch festgestellt war, daß für den Vater des Lehrlings „die Zusage über den doch Inanspruchnahme von sog. Prämien bei Abschluß des Lehrvertrages wesentlich mitbestimmend war“, und endlich auch dem Lehrling „von der ihm jenseits ausbezahlten Wochenprämie der entsprechende Abzug zur Krankenkasse gemacht worden ist“.

Eine wesentliche Menderung dieser Rechtslage führt die Reichsversicherungsordnung ein. Sie nimmt von der Voraussetzung der Versicherungsverpflichtung, daß die Beschäftigung gegen Entgelt stattfinden muß, im § 165 Abs. 2 ausdrücklich aus „Lehrlinge aller Art“. Sie werden also künftig versicherungspflichtig sein, auch wenn sie ohne Entgelt beschäftigt werden. Aber die Reichsversicherungsordnung sieht im § 494 vor, daß ihnen in diesem Falle Krankengeld nicht gewährt wird, und daß dafür die Beträge entsprechend zu ermäßigen sind.

Die Fassung dieser Vorschriften ist noch in anderer Beziehung bemerkenswert. Im § 150 der Reichsversicherungsordnung ist, entsprechend dem § 8 des Krankenversicherungsgesetzes bestimmt, daß für die Festsetzung des Ortslohns Lehrlinge zu den „jungen Leuten“ — von vierzehn bis sechzehn Jahren — zählen. Dies ist, wie bisher, wichtig für die Bemessung der Leistungen und der Beiträge und kommt in gleicher Richtung auch bei der Invaliden- und Unfallversicherung in Betracht. Für das Gebiet der Invalidenversicherung hat nun das Reichsversicherungsamt ausgebrochen, daß der Lehrlingsbegriff nur im Gebiete des Gewerbes, einschließlich des Handelsgewerbes, sowie etwa noch der Landwirtschaft anwendbar sei. Für das Gebiet der Krankenversicherung liegen zwar Entscheidungen vor, die als wesentliches Merkmal eines Lehrlings bezeichnen, daß seine Beschäftigung ausschließlich oder doch hauptsächlich zum Zwecke der Ausbildung in einem „Gewerbe oder Gewerbezweige“ erfolgt, aber es fehlt, so weit ersichtlich, an einem bestimmten Ausdruck höchster Instanzen darüber, ob auch hier der Begriff des Lehrlings „nur“ auf die Beschäftigung im Gewerbe und etwa noch in der Landwirtschaft zu beschränken sei. Die erwähnten Vorschriften der Reichsversicherungsordnung beziehen sich nun ausdrücklich auf Lehrlinge „aller Art“, und aus den Verhandlungen der Kommission hierüber ist ersichtlich, daß diese Worte eingefügt wurden, um der Auffassung entgegenzutreten, daß insbesondere Lehrlinge, die zu den im § 165 Biff. 4 und 5 aufgeführten Gruppen der Bühnen- und Orchestermitglieder, der Lehrer und Erzieher gehören, von der Versicherungspflicht ausgeschlossen seien. Dadurch ist für das Gebiet der Krankenversicherung festgestellt, daß nach der Reichsversicherungsordnung der Begriff des versicherungspflichtigen Lehrlings sich nicht auf die zu ihrer Ausbildung in einem Gewerbe oder in der Landwirtschaft beschäftigten Personen beschränkt, daß also z. B. auch derjenige, der sich bei einem Rechtsanwaltsamt oder bei einem Notar im niederen Bureaudienst ausbildet, Krankenversicherungspflichtig sein wird.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 28. November 1911.

Der Zentralrat nahm in seiner letzten Sitzung in der Hauptfrage Berichte des geschäftsführenden Ausschusses entgegen. U. a. bedingt die Erhöhung der Löhne im neuen Buchdruckerarif eine Erhöhung der Druckkosten des Verbandsorgans. Der geordnete Mehrausgabe stimmte der Zentralrat zu. Sodann entspann sich eine längere Debatte über die Anstellung eines besonderen Beamten für den dem Sekretariat in Frankfurt a. M. angegliederten Arbeitsnachweis. Die Gewerbevereine sollen veranlaßt werden, die eine Hälfte der Kosten im Umlageverfahren aufzubringen; die andere Hälfte soll dann der Verband tragen. Nach einer kurzen Aussprache über die Formverbewegung und die angebotene Metallarbeiter-Aussperrung in Berlin erstattete Kollege Neustedt Bericht über die Verhältnisse im Gewerbeverein der Eisenbahner. Die vom geschäftsführenden Ausschuss angebotene Verlegung des Vorortes nach Gleiwitz wurde einstimmig gutgeheißen. Zum Schluß beschloß sich der Zentralrat auch noch mit dem Heimarbeitergesetz und beschloß, folgende Resolution an den Reichstag abzugeben:

„Der Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine (D. D.) richtet noch in letzter Stunde an den hohen Reichstag die dringende Bitte, dem Heimarbeitergesetz nur dann seine Zustimmung zu geben, wenn die auch von den angehenden bürgerlichen Sozialpolitikern geforderten Lohnämter in der darin aufgenommenen werden. In der Möglichkeit, Fachauschüsse einzusetzen, sieht der Zentralrat keinen ausreichenden Ersatz für die zur erfolgreichen Bekämpfung des vielfachen Lohnclandes in der Heimindustrie unerlässlich notwendigen Lohnämter.“

Mit der angeordneten Aussperrung in der Berliner Metallindustrie beschäftigte sich an vergangener Freitag eine sehr gut besuchte Vertrauensmännerversammlung des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Vom Bezirksleiter, Kollegen Jordan, wurde ein eingehender Bericht über die gegenwärtige Situation gegeben. Nach eingehender Aussprache gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 24. November im Verbandshaus tagende Vertrauensmännerversammlung des Gewerbevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (D. D.) nimmt Kenntnis von dem Beschlusse des Verbandes Berliner Metallindustrieller, vom 30. November ab 60 Prozent der Metallarbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen. Die Versammelten erklären, dieser Massenentlassung, gestützt auf ihre Organisation, ruhig entgegenzusetzen zu können.“

Gleichzeitig verurteilen die Versammelten das selbstherrliche Vorgehen der sogenannten „freien“ Gewerkschaften, insbesondere dasjenige des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der es wieder verstanden hat, einen Teil in die bisher einige Bewegung hineinzuwerfen.

Dadurch, daß bereits mehrere öffentliche Kundgebungen, die Aussperrung betreffend, ohne Wissen der Gewerbevereinsführer im „Vorwärts“ erlassen worden sind, müssen es die Gewerbevereiner ablehnen, Vertreter in das sogenannte „Kartell“ zu entsenden. Die Versammelten beauftragen daher die Gewerbevereinsleitung, alle die Maßnahmen für die Mitglieder zu ergreifen, die zur Durchführung der Bewegung erforderlich seien.“

Des weiteren wurde beschlossen, an dieien Mittwoch, den 29. November, abends 8 Uhr in Groß-Berlin mehrere große Versammlungen abzuhalten. Diefelben finden statt im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221/23, in den Concordiasälen, Brunnenstr. 154, den Arminiusshallen, Bremerstr. 72/73, bei Degen in Oberschönevide, Siemensstr. 5 und im Alten Krug in Tegel, Hauptstr. 14. Referenten sind die Kollegen Hartmann, Joseph, Jordan, Schuhmacher und Weigat. Auf der Tagesordnung steht das Thema: „Die bevorstehende Aussperrung in der Berliner Metallindustrie“.

Ohne Mitgliedsbuch oder Kontrollkarte kein Zutritt!

Es darf wohl erwartet werden, daß die Kollegen und Kolleginnen aus den beteiligten Gewerbevereinen vollzählig in den Versammlungen erscheinen.

Für die Eisenbahner und das Koalitionsrecht hat sich in der Sitzung des Reichstages vom 13. November u. a. auch der Abgeordnete Dr. Müller-Reinigen energisch ins Zeug gelegt. Die Verhandlungen liegen uns jetzt im Stenogramm vor, und da gerade in letzter Zeit das Koalitionsrecht der Arbeiter heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, halten wir es für zweckmäßig, wenigstens den

wesentlichsten Teil der Müllerischen Rede in ihrem Wortlaut hier wiederzugeben:

Alle Parteien, mit Ausnahme der Rechten, haben heute die Meinung ausgesprochen, daß wir endlich ein klares, positives gesetzliches Koalitionsrecht haben müssen. Meine Herren, die Reichsgerichtsdidatur der letzten Jahre hat in einer drastischen Weise gezeigt, daß der Zustand unseres Koalitionsrechts ein ganz unhaltbarer ist, und daß die Parteien des Reichstags so bald wie möglich an eine bessere Neuformulierung unseres Koalitionsrechts herangehen müssen.

Die sogenannte Koalitionsfreiheit ist bei uns ein Fabel, umlagert von Fangeisen und Selbstschüssen. (Beifall.) Wer von dieser Koalitionsfreiheit Gebrauch macht, der verfällt in sehr vielen Fällen dem Strafrichter. Die Parteien von der Mitte bis zur äußersten Linken sind alle der Ueberzeugung, daß der Zustand, wie er jetzt in den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung niedergelegt ist, auf die Dauer ein unhaltbarer ist; wir müssen auch für die in den Staatsbetrieben Beschäftigten das volle Koalitionsrecht untererfreit verlangen, wie wir dies seit vielen Jahren in wiederholten Anträgen getan haben.

Meine Herren, ich möchte dringend wünschen und hoffen, daß es eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages ist -- gleichviel wie er sich zusammensetzt -- daß an diese große Aufgabe der Reform unseres Koalitionsrechts mit aller Energie herangegangen wird. Ich meine aber, daß die Haltung des Herrn Ministers anlangt: Man muß auch auf Seiten der Verwaltung eine gute soziale Arbeiterpolitik in unsern Staatsbetrieb machen, man muß die gerechten Forderungen, die dort aufgestellt werden, vor allem bezüglich des Urlaubs, der Gestaltung der Beschäftigungszeit, der Einführung längerer Arbeitsstunden, der paritätischen Ausschüsse für die Abstimmung von Beschlüssen, die leider bisher zum großen Teil nur auf dem Papier existieren, -- man muß diese Forderungen alle großhändig, nicht kleinherzig zur Durchführung bringen. Dann -- das ist unsere feste Meinung -- brauchen sich die Herren in der Verwaltung auch absolut keine Angst und keine Sorge wegen der Sozialdemokratie zu machen! Haben Sie etwas mehr Vertrauen zu der Eisenbahnarbeiterschaft; sie verdient es. Das Vertrauen wird sich glänzend bezahlt machen, glänzend sich lohnen.

Wir wünschen von Herzen, daß diese trefflichen Ausführungen nicht nur bei der Reichsregierung, sondern auch bei den einzelnen Landesregierungen diejenige Beachtung finden, die sie verdienen.

Arbeiterbewegung. Die großen Arbeiterkämpfe in Berlin nehmen ihren Fortgang. Weder in der Metallindustrie, noch in der Damenkonfektionsbranche ist eine Wendung zu verzeichnen. An anderen Stellen dieser Nummer gehen wir näher darauf ein. -- Wegen fortwährender Akordabzüge haben die Formier- und Gießereiarbeiter der Union U. S. in Sönnersberg i. Pr. die Arbeit niederzulegen beschlossen. -- Auch auf der Karlsruher bei Rendsburg wird weiter gekämpft. Die Betriebsleitung scheut vor keinem Mittel zurück, die Arbeiter niederzuwerfen. Es ist ein gelber Verein gegründet worden, in den man alle Arbeiter hineinzupressen versucht. Wer sich nicht fügt, wird aus dem Arbeitsverhältnis entlassen und die Werkwohnung gekündigt. Trotzdem steht die Sache für die Arbeiter günstig. -- Die Zahl der an der Ausperrung beteiligten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Lippe, Westfalen und den Banja'schäden wird von der Berufsgenossenschaft auf 11 700 angegeben. In Wirklichkeit dürfte sie noch etwas höher sein. -- Die Ziegelarbeiter in Lippe und dem umliegenden Bezirk sind fast länger Zeit bemüht, eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse herbeizuführen und haben deshalb in einer Eingabe an die Arbeitgeberorganisation eine Erhöhung der Akordpreise um 12 Proz. gefordert. Der Zentralverband der Ziegelbesitzer aber hat in seiner Ausschüttung einstimmig beschlossen, diese Forderung abzulehnen, weil die Lage des Ziegelgewerbes nicht nur keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung erfahren habe. Auch der Verein Deutscher Tonindustrieeller in Berlin ist diesem Beschluß beigetreten. -- Die Mühlhäuser Ortsgruppe des allgemeinen Deutschen Choriängerverbandes hat mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse und die schlechte Lage des Arbeitsmarktes in einem Gesuch an den Gemeinderat um Einführung der sog. Sommer-Unterstützungsgasse, wie sie bereits in einigen anderen Städten besteht, gebeten.

Auf der Strecke von Estaque nach Miramar (Südfrankreich) sind etwa 8000 Bahnarbeiter, zum größten Teil Italiener und Spanier, wegen Entlassung zweier Kollegen in den Ausstand getreten.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Oktober hat sich nach den Mitteilungen des „Reichsarbeitsblatt“ gegenüber dem Vormonat in

mehreren Gewerben gebessert. Der Ruhrkohlenmarkt zeigte im allgemeinen ein günstiges Aussehen, auch die Steinkohlenwerke in Ober- und Niederschlesien waren zum meist zufriedentstellend beschäftigt; lebhaft waren auch die Anforderungen im mitteldeutschen Braunkohlenggebiete. Im Kohlenbergbau sowie in einigen anderen Industrien machte sich der Wassermangel stark bemerkbar. Gut beschäftigt waren auch die chemische und elektrische Industrie sowie der Kalibergbau. Auch die Lage der Hohenfeuerzeugung war im allgemeinen günstig. Der Beschäftigungsgrad in der Tuchindustrie hat sich etwas gebessert, der in den Baumwollspinnereien war aber immer noch recht ungünstig. Schwach befriedigend war auch die Lage der Spiritusindustrie und recht ungünstig die der Zigarrenindustrie. Im Brauereigewerbe machten sich, besonders in Norddeutschland, Verbrauchseinschränkungen bemerkbar.

Nach den Berichten der Ortskrankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Oktober weiter zugenommen. Es ergab sich am 1. November gegenüber dem 1. Oktober 1911 eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten von zusammen 48 226 (5498 männliche, 42 728 weibliche). Gegenüber dem September ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen gestiegen, nämlich, wenn man den Bestand vom 1. Januar gleich Hundert setzt, von 109 auf 110; beim weiblichen Geschlechte stieg der Beschäftigungsgrad von 103 auf 106.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Monat Oktober berichteten 51 Fachverbände mit 1 990 309 Mitgliedern, von diesen waren Ende des Monats 1,5 v. S. arbeitslos. Ende Oktober 1910 betrug die Arbeitslosigkeit 1,6 v. S., Ende September 1911 1,7 v. S. Es ist also sowohl gegenüber dem Vormonate wie gegenüber dem Vorjahr eine kleine Verbesserung zu verzeichnen.

Die Arbeitsnachweisziffern lassen, so weit sie männliche Arbeiter betreffen, nur dem Vorjahre gegenüber eine Besserung des Beschäftigungsgrades, dem Vormonate gegenüber jedoch eine Verschlechterung erkennen. Bei der Gesamtzahl der betrachtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Oktober 1911 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 152 Arbeitsgesuche gegen 163 im gleichen Monate des Vorjahres und 133 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 114, 104 bezw. 92.

In Berlin und der Provinz Brandenburg ist im Vergleiche zu dem sehr günstigen Bilde der Vormonate im Oktober eine Verschlechterung in der Lage des Arbeitsmarktes eingetreten. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg gestaltete sich die Lage des Arbeitsmarktes in Anbetracht der vorgeschrittenen Jahreszeit im allgemeinen noch befriedigend, jedoch im Vergleiche zum Vormonat etwas ungünstiger. In Sessen, Sessen-Rassau und Waldeck hielt sich der Beschäftigungsgrad im allgemeinen auf befriedigender Höhe. In Bayern, Württemberg und Baden hat die Beschäftigung etwas abgenommen, war aber in vielen Gewerben noch befriedigend.

Wegen des wenig günstigen Ausfalls und der frühzeitigen Beendigung der Sommerernte zeigte der Monat Oktober eine starke Rückwanderung der ausländischen landwirtschaftlichen Arbeiter, wie sie sonst erst im November einzutreten pflegt.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen betrug im Oktober 175 837 769 Mk., das sind 9 968 868 Mk. mehr als im gleichen Monate des Vorjahres. Dies bedeutet eine Mehreinnahme von 149 Mk. oder 4,68 v. S. auf 1 Kilometer.

Die Furcht vor Aufrüstung ist es, die der „Westdeutschen Arbeiter-Ztg.“ Organ des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knabenvereine Westdeutschlands, zu einer Anrempelung des „Gewerkevereins“ Veranlassung gegeben hat. Bei der Berechnung der Teuerungsbeträge im Reichstage in Nr. 86 hatten wir zum Schluß bemerkt, daß die Mitglieder der Deutschen Gewerkevereine auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ihre Anwendung aus neuen Verhandlungen ziehen würden, und daß Kandidaten, die im Falle ihrer Wahl die Wirtschaftspolitik des Herrn v. Bethmann-Sollweg unterstützen wollen, auf ihre Stimme nicht rechnen können. Darin erblickt die „Westdeutsche Arbeiter-Ztg.“ einen Verstoß gegen die parteipolitische Neutralität. Wir können dem Blatt den mageren Gaben und fügen als hartgeqottene Sinder noch hinzu,

daß wir es für unsere Pflicht halten, die Arbeiter über diese wirtschaftspolitischen Fragen aufzuklären. Wenn dies einer Partei nachteilig ist, für welche das genannte Blatt eintritt, so kann uns das gleichgültig sein. Wir bekämpfen jede Partei, die durch ihre politische Haltung der Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft sich entgegenstellt, gleichviel welchen Namen sie trägt. Am meisten hemmen diese Aufwärtsbewegung aber die Parteien, die alle durch die Organisation erstellten materiellen Aufbesserungen wieder illusorisch machen durch die Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Bedarfsgegenstände. Darüber die Arbeiter aufzuklären, ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht. Wenn trotzdem Arbeiter und Mitglieder von uns für solche Partei einzutreten, mit ihrem Verstand und ihrem Gewissen vereinbaren können, so ist das ihre Sache. Wir aber würden unsere Mitglieder zu politischen Einreden herabwürdigen, wenn wir mit ihnen über derartige Fragen nicht ein offenes Wort sprechen dürften.

Die preussischen Sparkassen im Jahre 1910. Nach der „Sparkasse“ haben im Jahre 1910 sich bei den preussischen Sparkassen die Einlagen um 770 Mill. Mk. vermehrt. Von diesen 770 Millionen Mk. entfallen 323 Mill. Mk. auf ausgeschriebene Zinsen, während der Rest den Ueberfluß der Einzahlungen über die Rückzahlungen darstellt. Der Gesamtbeitrag der Spareinlagen in Preußen hat damit die Summe von 11,1 Milliarden Mk. erreicht. Von den nahezu 13 Millionen Sparkassenbüchern, die Ende 1910 in Preußen ausgestellt wurden, lauteten 3,7 Millionen über Beträge bis 60 Mk. und 1,7 Millionen über Beträge von 60 bis 150 Mk. Es sind also, wie man sieht, zum sehr erheblichen Teil die Gelder von kleinen Leuten in den Sparkassen eingelegt. Der Durchschnittszinssfuß der Spareinlagen betrug wieder 3 1/2 Proz. Das Vermögen war folgendermaßen angelegt: Hypotheken 6,8 Milliarden Mk., Wertpapiere 2,7 Milliarden Mk., bei öffentlichen Korporationen 1,4 Milliarden Mk., gegen Wechsel und gegen Faustpfand waren je etwas über 100 Millionen Mk. ausgeliehen, als Bürgschaftsbareiben 187 Millionen Mk.

10 Rezepte gegen das Weihnachtstieber. Wieder ist die Zeit gekommen, da Frauen und Männer, Käufer und Verkäufer, Handwerker, Werkstätten- und Heimarbeitler, alle im Handelsgebetriebe angestellt sind und das ganze Heer der Postbeamten von der alljährlich wiederkehrenden Volkskrankheit, dem Weihnachtstieber, befallen werden. Alle leiden darunter, und zum Weihnachtstief ist die Mreyrach matt und müde, zerlähmt an allen Gliedern, dumpf im Kopf, unfähig, das Fest, dem all die feierhaften Vorbereitungen dienen, fröhlich zu feiern. Die Schuld an dem „Tieber“ tragen die Weihnachtskäufer, denen zur Abhilfe folgende Rezepte vom Deutschen Käuferbunde herzlich und dringend zum Gebrauch empfohlen werden:

1. Besinne dich frühzeitig auf deine Weihnachtsgeschenke und verschlebe deren Einkauf nicht bis auf die letzten Tage vor dem Fest.
2. Kaufe nie am Sonntag, auch nicht vor Weihnachten, denn auch die Kaufleute brauchen Ruhe und Erholung.
3. Sprich freundlich mit Verkäufer und Verkäuferinnen, mißbrauche nicht ihre Zeit und Geduld bei Auswahl der Waren usw.
4. Kaufe nicht am späten Abend, du machst bei Tage bessere Einkäufe und verzügest nicht den Feierabend von Kaufmann, Angestellten, Boten.
5. Gekaufte Waren tausche selten um und nie am Abend bei Geschäftsandrang, sondern in den ruhigen Morgenstunden.
6. Nimm kleine leichte Pakete aus dem Laden selber mit; mußt du deine Waren ins Haus bringen lassen, dann schreibe deine Adresse genau auf und gedulde dich, wenn abends gekaufte Waren erst am anderen Tage zu dir kommen.
7. Machst du Geschenke nach auswärts, dann bringe sie zeitig vor dem Fest zur Post und nicht am späten Abend.
8. Empfangene Ware bezahle möglichst sofort.
9. Zahle angemessene Preise, damit du durch die Sucht billig einzukaufen nicht das Einkommen derer schädigst, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, denn der Kaufmann und Fabrikant wird dir nichts schenken, sondern wird an den Löhnen seiner Arbeiter sparen müssen.
10. Willst du dich vor dem Weihnachtstieber der Deberlei und des schlechten Gemüßens bewahren, so besorge diese Ratssätze und gib sie weiter an andere und bereite dir selbst und vielen anderen Weihnachtsruhe und Freude.

Offentlich wird von diesen Rezepten, die in der Geschäftsstelle des Deutschen Käuferbundes, Berlin-Friedenau, Kubensstr. 22, zur Verteilung zu haben sind, recht ausgiebiger und erfolgreicher Gebrauch gemacht!

Gewerbereins-Zeil.

8 Bromberg. In letzter Stunde möchte ich unsere Kollegen von Bromberg und Borzen nachmals auf die bevorstehenden Gewerbevereinswahlen hinweisen und ihnen allen dringend ans Herz legen, nicht die Wahl zu veräumen, sondern geschlossen unsere aufgestellten Kandidaten zu wählen.

Kollegen! Es gilt unsere gute Sache, unser gutes Recht zu vertreten. Scheut daher den Weg nicht und zeigt am 5. Dezember, daß Ihr Gewerbevereiner mit Leib und Seele seid und einzig für unsere Organisation eintrittet.

Am 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet bei Raitaler eine Versammlung statt; auch dort muß alles erscheinen. Also, Kollegen, tut Eure Pflicht! Niemand darf fehlen. Rudolf Piesker, Bezirksleiter.

8 Insterburg. Zum 6. November hatte der hiesige Ortsverband eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher der Kollege Wroczkowski-Danzig einen Vortrag hielt über das Wesen der gelben Arbeitervereine. Der Anfang der Versammlung war auf 8 Uhr festgesetzt, aber schon lange vorher war der große Saal überfüllt; dicht gedrängt standen die Teilnehmer nebeneinander, und auch der Vorleser war voll besetzt. Aber nach 8 Uhr kam, mußte umkehren. In seinem Referat beleuchtete der Redner zunächst die Gründung des sogenannten baltischen Arbeitervereins in Insterburg, erörterte die Statuten des Bundes der gelben Organisationen und wies nach, daß nicht die gelben, sondern die wirklichen Arbeiterorganisationen die Interessen der Arbeiter vertreten. Dazu können sie auch den Streik nicht einbringen, der, wenn jede freiwillige Verständigung unmöglich ist, als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden muß und eine wichtige Gegenmaßnahme bildet gegen die Ausbeutung der Arbeiter. Daß diese gern bereit sind, mit den Gelben zu arbeiten, ist erklärlich, da dieselben eine Schutztruppe für die Unternehmer bilden. Sie werden auch von den Unternehmern gebührend und finanziell unterstützt, wie deutlich an den Vorgängen in Insterburg selbst bewiesen wurde. Die Mittel, welche die Arbeitgeber für die Gelben ausgeben, sollten sie lieber zur Erhöhung der Löhne benutzen; dann brauchen sie keine gelben Organisationen. Redner schloß mit dem Hinweis des Namens und die Entwicklung der gelben Gewerkschaften, wobei er auch ihre verschiedenen Spielarten erwähnte, die aber im Wesentlichen gleichartig sind. Zum Schluß gab der Vortragende eine Schilderung der Entstehung der Arbeiterbewegung, der Schwärzung des Koalitionsrechtes und ermahnte alle anwesenden Unorganisierten, sich von den Gelben abzumenden und einer der bestehenden Organisationsrichtungen sich anzuschließen. Die gelben Arbeitervereine, wie sie sich auch nennen mögen, sind Sumpfpflanzen, die vernichtet werden müssen. Wer sich selbst und der Arbeiterschaft helfen will, müsse sich der freiwillig-nationalen Arbeiterbewegung anschließen, wie sie durch die Deutschen Gewerbevereine vertreten wird. In der Diskussion ergriß zuerst ein Verbänder das Wort, der die Ausführungen des Kollegen Wroczkowski noch ergänzte und das Bild, das dieser von den Gelben entworfen hatte, vervollständigte. Auch die übrigen Diskussionsredner waren sich völlig einig in der Beurteilung der gelben Vereine, die sich auch der Unterstützung der reaktionären Parteien erfreuen. Nach einem energischen Schlußwort des Versammlungsleiters, sich an den bevorstehenden Reichstagswahlen zu beteiligen, und dem Ausdruck des Dankes für die ungestörte Aufmerksamkeit trotz der fürchterlichen Enge wurde Johann die Versammlung geschlossen, die einen großen Erfolg für unsere Gewerbevereinsfrage in Insterburg bedeutet.

8 Sprottau-Gulan. Am 19. November hielt unser Ortsverband eine öffentliche Gewerbevereinsversammlung, an welcher der Kollege Stöhrer v. Breslau das Thema erörterte: „Die Lebensmittelpreiserhöhung, ihre Ursachen und Folgeerscheinungen“. Der Redner erlebte sich seiner Aufgabe in fast zweistündigen Ausführungen und erntete lebhaften Beifall. Zum Schluß fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 10. November in Sprottau in Königs Lokal tagende öffentliche Versammlung, einberufen vom Ortsverband der Deutschen Gewerbevereine (D.G.V.), legt energisch und nachdrücklich Verwahrung ein gegen eine Wirtschaftspolitik, welche auf Kosten des gesamten Volkes unseren Großgrundbesitz fortgesetzt begünstigt, und gegen eine Steuerpolitik, welche sich als eine schwere Benachteiligung gerade der kleinen Leute darstellt. Die Versammlung beauftragt, daß die Staatsregierung nicht größere Maßnahmen ergreifen hat, durch welche eine wirkliche Minderung der Verteuerung der Lebensmittel herbeigeführt würde. Die Versammelten erheben hieraus, daß sie auf Staatshilfe nicht rechnen können, insoweit diese auf die Selbsthilfe angewiesen sind. Die beste Selbsthilfe liegt im Ausbau der Organisation; aus diesem Grunde verpflichten sich die Anwesenden, für Ausbreitung und Stärkung derselben Sorge zu tragen.“

Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie man bei der Wichtigkeit der Tagesordnung hätte erwarten dürfen. Da muß man sich wirklich fragen: Spüren denn die schwebenden Kollegen die Teuerung so wenig, oder haben sie so hohe Löhne, daß sie leichten Herzens die enormen Preise für die Lebensmittel bezahlen können? Die hiesigen Arbeiter haben doch wahrlich allen Anlaß zum Protest gegen die Lebensmittelpreiserhöhung, denn in den niederschläglichen Löhnen werden die denkbar niedrigsten Löhne gezahlt. Wenn da solche Versammlungen nicht besser besucht werden, ist es schade um das Geld, das für derartige Veranstaltungen ausgegeben wird. Deshalb, Kollegen, sorgt dafür, daß es in Zukunft anders wird! Ein jedes Mitglied muß bei solcher Gelegenheit zur Stelle sein und einen unorganisierten Kollegen mitbringen, damit die Versammlung ihren Zweck erreicht und Aufklärung in die hiesige Arbeiterschaft gebracht wird. Dann wird auch unsere Organisation am Orte mehr und mehr an Boden gewinnen.

Karl Hoffmann, Ortsverbands-Schriftführer.

Verbands-Zeil.

Berlin. Versammlung.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (D.G.V.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221-223. Die offizielle Sitzung am 22. November fällt aus. Dafür Besuch der Maschinenbauer-Versammlung. Die Punkte werden durch die Presse und Sautenanschlag bekannt gegeben. Vols. Erz. notw. — Gewerbevereins-Lieberstiel (D.G.V.). Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Lehungsstunde 1. Verbandshaus, der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste willk. Sonnabend, 2. Dezember. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr. Vers. mit Dänen bei Reichert, Bergstr. 69. Lichtbilder-Vortrag. Ergie Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsgesellschaft. Nachdem Abstellat. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter II. Abends 8 1/2 Uhr im großen Saale, Bruchstraße 36 a. I. Mittelungen. II. Unterföngungsgech. III. Neuwahl des Vorstands. Anstößen „Herren-Abend“. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal Belle-Alliancestr. 87. Mittelungen. Vortrag des Verbandssekretärs Kollegen A. Erlenz über: „Das moderne England“. Vorstandswahl. Regulator-

porto. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsgesellschaft. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung b. Schumacher, Stalingerstr. 126. Vortrag des Kollegen F. Körner über: „Die neue Reichsversicherungsbildung“. Nachdem Ausföngungswahl. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung bei Rindner, Müllerstr. 7. I. Gehfäßliche Angelegenheiten. Vorstandswahl. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abds. 8 1/2 Uhr bei Krull, Buttsbüferstr. 51. I. Vorstandswahl. 2. Unterföngungsgech. 3. Vortrag. — Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Sonntag, 3. Dezember. Vorm. von 10-12 Uhr Zähltag im Nordwestpark, Alt-Moabit 55/56. — Fachverein der Badergehilfen Frankfurt a. M. Freitag, 1. Dezember, nachm. 4 Uhr im Saale der Vlederkalle, Langstr. 26, große Versammlung. Vortrag des Dipl. Ing. Otto Ernst Sutter über Deutschlands Finanzpolitik und die Reichstagswahlen.

Orts- und Regionalverbände.

Bromberg (Ortsverband). Sonntag, 3. Dezember, Ortsverbandsversammlung nachm. 4 Uhr bei Bosphaler. — Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jede 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanfen, Sandowstr. 42. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandshaus, Kurfürststr. 29. Sitzung. — Elberfeld-Warmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Eulenstein- und Erlöngsstraße. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. — Haaren b. Wassen. Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutierabend bei Ludewigs. — Halle a. S. (Ortsv.). Der Diskutierabend jed. freit. Sonnabend 1. Monat i. Passage-Mitt. Nr. Brauhausstr. Rat. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr prä. in Dittmanns Hotel, Poststr. Diskutierabend. — Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Monatsversammlung der Jugendabteilung am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr in den Linden bei Herrn Steinmetz, Dittstr. 84. Sonntag, 10. Dezember, morgens 10 Uhr Ausföngung in der „Rönigswohrt“, Brühlstr. 12. F. D. daselbst. — Jersohn (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Jander, Dittstraße. — Kerze im Westf. (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung bei Witte, Ruhr, Ferne I, gegenüber der evang. Kirche. — Leipzig (Gewerbevereins-Sicherheitsklub). Die Lehungsstunden haben jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Sebnitzstr. 25. Rat. — München-Neuburg. Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr Vertreterversammlung im Verkehrslokal bei Johann Müller, Sandstraße 38. — Oettingen (Sängerchor der Gewerbevereine). Die Lehungsstunden finden bei Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im total Reich, Poststr. 5. Rat. Stimmgebare Kollegen sind bezgl. willk. — Tegel (Distriktsklub für Tegel, Burgföngs- und Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr b. Römer, Schillerstr. 28, Ecke Söbuebergstr. — Thron (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Bauerstr. 62. — Weifenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerbevereine). Lehungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schöngartenstraße. Gesangslebende Gewerbevereinskollegen sind willkommen. — Weifenfels (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskutierabend in Germanns Garten. — Wörmann (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal Rheinal.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorzeitige Bezahlung angenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1910
auf blauem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/223.

Primsenan (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterföngung. Kartenausgabe beim Kol. K. Ham, Glogauerstr. 18.
Him a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten 1 Mark Unterföngung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Pfauenstraße 17.
Jersohn u. Umgeg. (Ortsv.). Durchreisende Kollegen erhalten 0,75 Mk. bei G. Griefe, Jersohn, Eilfabethstr. 52.
Nadoberg i. Sachf. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgechäft im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen Richard Benzgel, Niedergraben 16.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen aller Berufs erhalten Nachquartier und Verpföngungsarten hierzu bei Karl Hebel, Heilensstraße 32A1.
Langendreeer. Das Ortsgechäft des Ortsvereins der Maschinenbauer an durchreisende Gewerbevereinskollegen wird ausgegchäft beim Kassierer H. Heinr. Brod in Werne b. Langendreeer, Bahnhofstr. 33.

Eöln und Mülheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpföngungsarten im Gewerbevereinsbureau, Geenerstr. 118 I.
Biberach a. Nig (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten 1 Mk. Ortsgechäft, beim Ortsverbandskassierer S. Schneider, Sautgauerstr. 24. Herberge zum roten Ochsen, Marktplatz.

Hann a. M. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. Reisegeld, jugerichte und arbeitslose Kollegen eine Karte, gültig für Abendessen, Nachtquartier und Frühstück beim Verbandskassierer Friedr. Müller, Mühlstraße 51.
Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Kollegen F. Pfeilscher, Weifstr. 2 II Ep.

Wandernde Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Kirsh, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgechäft von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.
Sommerfeld (Ortsv.). Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgechäft im Betrage von 50 Pfg. beim Verbandskassierer Kol. Unglaube, Sommerfeld, Krummstr. 108.
Sohannsmöffen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufs erhalten Reisunterföngung beim Kollegen Rehl, Nordstr. 10.

Schwaidnig (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Kirsh, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgechäft von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Schwaidnig (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Kirsh, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgechäft von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Schwaidnig (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Kirsh, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgechäft von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Schwaidnig (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Kirsh, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgechäft von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Schwaidnig (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Kirsh, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgechäft von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Schwaidnig (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Kirsh, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgechäft von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Schwaidnig (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Kirsh, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgechäft von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Schwaidnig (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpföngungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Kirsh, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgechäft von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.